



HESSISCHER LANDTAG

19. 05. 2021

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Importiertem Antisemitismus und Extremismus entschlossen entgegenzutreten

Nach diversen jüdenfeindlichen sowie teilweise gewalttätigen Demonstrationen in Deutschland, darunter in den hessischen Metropolen Frankfurt am Main und Kassel, ist die Bestürzung in Politik und Medien zu Recht groß. Die antisemitischen Äußerungen und Übergriffe, die durch die Demonstranten als vermeintliche Kritik an der Politik des Staates Israel formuliert werden, sind unerträglich. Sie dienen in Wirklichkeit einzig und allein dazu, Hass auf jüdische Menschen und ihre Religion zu bekunden. Das Bild der Demonstrationen ist geprägt durch eine große Anzahl junger, extrem aggressiver, arabisch- und türkischstämmiger Männer und Frauen, aber auch durch Anhänger dezidiert linker Gruppierungen. So wurden die beiden Demonstrationen in Kassel und Frankfurt durch das „Samidoun“ Netzwerk mitorganisiert, das als Vorfeldorganisation der linksextremen Terrororganisation „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) gilt.

Antisemitismus muss entschieden entgegengetreten werden, egal von wem er mit welcher Motivation ausgeht. Das gilt sowohl für politisch motivierten Antisemitismus von rechts und links als auch für religiös motivierten Antisemitismus. Wichtig ist hierbei, dass allen Erscheinungsformen die gleiche hohe Aufmerksamkeit zuteilwird. Falsch verstandene Toleranz darf nicht den Blick auf importierten islamischen Antisemitismus verstellen. Eine solche Herangehensweise würde unserer Verantwortung gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern nicht gerecht.

Im islamischen Kulturraum ist Antisemitismus und Israelfeindlichkeit weit verbreitet. Durch die seit 2015 anhaltende Migrationskrise, kam und kommt es zu einer verstärkten Zuwanderung von Personen aus den Ländern Nordafrikas sowie dem Nahen und Mittleren Osten, wodurch sich bereits existierende Probleme mit islamischem Antisemitismus massiv verschärft haben und perspektivisch weiter verschärfen werden.

Auf diese Entwicklung gilt es Antworten zu finden.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont, dass jüdisches Leben untrennbar zu Hessen und zu ganz Deutschland gehört und verurteilt jede Form von Antisemitismus, Juden- und Israelfeindlichkeit.
2. Der Landtag stellt sich entschieden dem Versuch entgegen, ausländische Konflikte in Deutschland auszutragen. Boykottaufrufe und ehrabschneidende Äußerungen gegen Israel und Juden sind inakzeptabel. Das Existenzrecht des Staates Israels ist nicht verhandelbar.
3. Der Landtag stellt fest, dass die antisemitischen Übergriffe, Parolen und Demonstrationen in Hessen und in ganz Deutschland in der vergangenen Woche, vollkommen inakzeptabel sind und einen unerträglichen Angriff auf das jüdische Leben in Deutschland darstellen. Die Teilnahme eines jeden Einzelnen an solchen Versammlungen ist auf das Schärfste zu verurteilen.
4. Der Landtag stellt außerdem fest, dass nicht nur die unmittelbare Teilnahme an solchen Versammlungen zu verurteilen ist, sondern auch deren moralische Unterstützung und damit einhergehende antisemitische Äußerungen in Bild und Schrift in sozialen Netzwerken.
5. Der Landtag zeigt sich besorgt über stetig wachsenden Antisemitismus und die Verneinung des Existenzrechts Israels, auch und insbesondere vonseiten einiger Teile der islamischen Bevölkerung. Das zutage tretende Gedankengut zeigt sehr deutlich die Konsequenzen und Defizite einer unkontrollierten Migrationspolitik auf. Derartige Geisteshaltungen dürfen keinesfalls verharmlost oder relativiert werden und sind das traurige Ergebnis eines importierten Problems.

6. Der Landtag betont, dass Haltungen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere Gesetze und gegen die jüdisch-christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur richten, jederzeit entschlossen entgegenzutreten ist.
7. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass die Möglichkeiten des § 54 Abs. 1 Nr. 5 Aufenthaltsgesetz von der Landesregierung konsequent genutzt werden, um Ausländer des Landes zu verweisen, die zu Antisemitismus aufrufen.
8. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass im Verfassungsschutzbericht Straftaten mit „islamisch-antisemitischem“-Hintergrund explizit ausgewiesen werden.
9. Der Landtag spricht sich dafür aus, die Möglichkeiten des Straf- und Versammlungsrechts auszuschöpfen, um entschieden und wirksam gegen das öffentliche Verbrennen der israelischen Flagge oder anderer Symbole des israelischen Staates vorzugehen.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Verordnungs- oder Erlasswege das Zeigen oder Verwenden der Flagge der radikal-islamischen Hamas und der linksextremen Terrororganisation Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) sowie ihnen nahestehenden Organisationen zu untersagen.
11. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, geeignete Maßnahmen zur Unterbindung der Finanzierung von radikal-islamischen Moscheevereinen durch ausländische Staaten und Organisationen zu ergreifen.
12. Der Landtag fordert die Landesregierung überdies auf, Aussteigerprogramme für Personen, die sich aus Strukturen des radikalen Islamismus lösen möchten, zu fördern und gezielt zu bewerben.

Wiesbaden, 19. Mai 2021

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe